

Wittenberg, Erich; Hagen, Kornelia

Article

Wie sollte anbieterunabhängige Verbraucherarbeit finanziert werden?: Fünf Fragen an Kornelia Hagen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wittenberg, Erich; Hagen, Kornelia (2008) : Wie sollte anbieterunabhängige Verbraucherarbeit finanziert werden?: Fünf Fragen an Kornelia Hagen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 21, pp. 279-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151609>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Fünf Fragen an Kornelia Hagen

Wie sollte anbieterunabhängige Verbraucherarbeit finanziert werden?



Kornelia Hagen,
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin der
Abteilung Informa-
tionsgesellschaft
und Wettbewerb
im DIW Berlin

Frau Hagen, wie ist es um die Finanzierung der anbieterunabhängigen Verbraucherarbeit in Deutschland bestellt? Können die Verbraucherorganisationen den Bedarf noch decken?

Der Bedarf kann nicht mehr in dem Maße gedeckt werden, wie es viele Jahre lang möglich war. Es gibt neue Informations- und Beratungswünsche von Verbrauchern aufgrund von Reformen der Bundesregierung. Dazu gehören die private Altersvorsorge, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen und auch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes. Hinzu kommt, dass „alte“ Beratungsbedürfnisse von Verbrauchern weiterhin nachgefragt werden, sodass ein steigender Bedarf an Beratung befriedigt werden muss. Hier ist eine Lücke entstanden. Zugleich soll die Finanzierung aus Sicht der Bundesregierung stärker unabhängig von öffentlichen Mitteln über die Verbraucherorganisationen gesichert werden.

Die Verbraucherorganisationen werden zu einem hohen Teil aus öffentlichen Geldern finanziert, der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) beispielsweise zu 90 Prozent. Nutznießer sind aber die Verbraucher – warum gibt es keine stärkere Beteiligung der Verbraucher an der Finanzierung?

Der vzbv hat geprüft, ob die Verbraucherzentralen für ihre Informationen und Beratungen höhere Gebühren erheben können als bisher. Es ist nicht sinnvoll, die Verbraucher noch weiter mit Kosten zu belasten und damit die Nachfrage nach Informations- und Beratungsangeboten einzuschränken.

Wie könnten alternative Finanzierungsmodelle aussehen?

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass es zahlreiche andere Möglichkeiten gibt. Etwa die Umlagefinanzierung durch private Unternehmen. Dies kann sektoral erfolgen wie in Großbritannien. Dort werden die sogenannten „Watch Dogs“ in den deregulierten Sektoren darüber finanziert, dass die Unternehmen Lizenzen oder

Umlagen an die öffentliche Hand abführen. Diese Mittel werden dann an die „Watch Dogs“ überwiesen. Eine andere Möglichkeit ist die Finanzierung über Straf- oder Bußgelder bei Wettbewerbsverstößen, wie es in Italien und ansatzweise schon in Deutschland der Fall ist.

Der vzbv hat die Gründung einer verbraucherpolitischen Stiftung vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat dies wegen zu hoher Kosten abgelehnt. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?

Der vzbv sah zwei Alternativen vor: Zum einen, dass ein Gründungskapital von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wird, das dann von einer Stiftung verwaltet wird. Zum anderen sollte dieses Kapital aus unterschiedlichen Quellen in Form einer Mischfinanzierung zusammengeführt werden. Aus ökonomischer Sicht hat beides Vor- und Nachteile, aber es gibt keinen Grund, der prinzipiell gegen eine Stiftungslösung spricht. Das ist letztlich eine rein haushaltspolitische Entscheidung.

Es gibt verschiedene Modelle, die auch die Wirtschaft in die Finanzierung der Verbraucherarbeit mit einbeziehen wollen.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Verbraucherorganisationen dadurch ihre Unabhängigkeit verlieren?

Diese Frage wird durchaus strittig diskutiert. Ist eine Umlage rechtlich abgesichert, begrüßen auch die Verbraucherorganisationen eine Mitfinanzierung durch die Wirtschaft. Andere Vorschläge, zum Beispiel Sponsorengelder, werden kritischer beurteilt. Es gibt einen Modellversuch der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, die Sponsorengelder einwirbt. Dies wird durchaus kritisch gesehen. Selbst die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sieht die Gefahr, dass Sponsorengelder auch als Werbepattform genutzt werden könnten und die Unabhängigkeit der Verbraucherorganisationen damit infrage stellen.

Verbraucherarbeit
sollte in einem
hohen Maße
öffentlich
finanziert werden.

»

«

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.